

„die Sprache des Priesters“ (*linguam esse Sacerdotis insigniter propriam*), und es sei doch immer ein Ehrenpunkt des Klerus gewesen, humanistisch gebildet zu sein. Vor allem aber: ohne gründliche Kenntnis des Lateinischen könnten wichtige Quellen der Tradition nicht voll ausgewertet werden: die Väter, die Konzilien, die klassischen Werke der Theologie; ja, es bestände die Gefahr, daß die gesamten philosophischen und theologischen Studien nur sehr oberflächlich betrieben würden. Die genannte Kongregation hat zwei eigene Schriften herausgebracht, in denen die Stellung der Kirche zur lateinischen Sprache dargestellt wird. Vor allem wird auf die Stimme der Päpste hingewiesen, die sich von Pius IX. an über Leo XIII. bis zu Pius XII. immer wieder zugunsten gründlicher Lateinkenntnisse erhoben hat.

Was kann zur Behebung dieses bedauerlichen Absinkens geschehen? Das Schreiben weist auf folgende Heilmittel hin: Erstens die Lehrerauswahl und Ausbildung; sie sollen, wenn möglich, Hochschulbildung besitzen. Sodann die Lehrmethode. Die Schüler sollen Freude am Lateinischen bekommen. Das erreicht man aber nicht durch einen Unterricht, der mit philologischem Wissenskram überladen ist. Umgekehrt müsse es die jungen Menschen entmutigen, wenn man sie nach zu oberflächlicher grammatischer Vorbereitung an schwere Texte heranzuführt. Zwischen beiden Extremen liege der Weg der vernünftigen Mitte. Was die Autoren betrifft, solle man sich nicht auf die „Klassiker“ beschränken, sondern auch aus den Meistern der gesamten Latinität (*totius Latinitatis*) schöpfen. Das Latein sei keine tote, verstaubte Sprache, sondern bis heute lebendig und habe als solche unter der Leitung der Kirche unsere Kultur aufbauen helfen. Freilich müsse (drittens) genügend Zeit bereitgestellt werden; die Stundenzahl sei oft ungenügend. Der Einwand, man müsse sich nach den staatlichen Plänen richten, wird zurückgewiesen: die Kirche habe zu entscheiden, was sie für die Ausbildung ihrer Priester als unerlässlich ansehe (a. a. O. S. 292–296).

Doppelschicht-Arbeit als soziales und gesundheitliches Problem

Eine amerikanische Wochenschrift veröffentlicht unter dem Titel „America's Moonlight Problem“ ernste Erwägungen über Doppelschicht-Arbeit zur Steigerung des Einkommens. Nach dem Census Bureau soll in den USA auf je zwanzig Arbeitnehmer ein „moonlighter“ kommen. Was sind die Beweggründe der wachsenden Nachfrage nach Doppelbeschäftigung? Die Kosten der Lebenshaltung steigen, ebenso die Steuern, aber auch das Verlangen „dick zu tun“, d. h. auf großem Fuß zu leben. Dazu kommt noch, daß die Arbeitswoche mehr und mehr einschrumpft, die Gestaltung der Freizeit aber das Geldausgeben fördert.

Diese Umstände veranlassen manche, sich nach neuen Erwerbsquellen umzusehen. Wie der amerikanische Bericht meldet, sind die meisten „moonlighter“ anständige und hart arbeitende Leute, die eben danach streben, sich und den Ihren einen höheren Lebensstandard zu verschaffen, als ihr normales Einkommen erlaubt. Ein eigenes Heim, Wagen, Fernsehgerät und manches andere sind Annehmlichkeiten, die jede für sich nicht nur berechtigt, sondern auch erreichbar wären, aber zusammen genommen den Haushalt überlasten. Das geht nicht ab, ohne Anleihen aufzunehmen, bzw. auf Borg zu kaufen. Dann fressen die Hypothekenzinsen und andere Zinsen wöchentlich und monatlich von vornherein so und so viel vom Lohn auf. Das Beispiel eines gutbezahlten Facharbeiters: Er verdiente 175 Dollar die Woche, wenn er voll beschäftigt war, das sind 700 Dollar im Monat. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Und doch reichte der Lohn nicht. Hypothekenzinsen, andere Ausgaben für den Wagen und dann noch dieses und jenes — kurz, es kam so weit, daß der Mann einen Nebenverdienst suchte, nach dem vollen gewöhnlichen

Tagewerk — nach Geschäftsschluß. Er wurde „moonlighter“. Damit jedoch fing das Problem erst recht an. Er war der Doppelbelastung nicht gewachsen, war übermüdet und wurde anfällig für Erkältungen usw. Das Familienleben litt. Dann gab's noch unvorhergesehene Krankheiten in der Familie, Rechnungen für Arzt und Apotheker — und heute ist der Haushalt aufgelöst, das Haus verkauft, sind die Ehegatten getrennt.

Das ist sicher ein extremer Fall. Aber in allen Fällen ist die Doppelbeschäftigung ein Übel, für den Doppelarbeiter selbst und für die Ruhe und das Glück seiner Familie. Wären diese fünf Menschen mit ihren 700 Dollar Monatseinkommen nicht glücklicher gewesen, wenn sie ein wenig bescheidener gelebt hätten? Nur ein wenig. Denn mit 700 Dollar braucht man auch heute noch in den Vereinigten Staaten keineswegs dürftig zu leben. Man hätte nur ein wenig verzichten müssen — auf dies und das. (*America*, 17. Mai 1958, S. 222 ff.)

Bodenreform in Bolivien

Um 1200 drangen die Inkas vom Norden her in das Land ein, eroberten, besetzten und unterwarfen es. Seit jener Zeit sehnen sich die Eingeborenen nach einer gerechten Verteilung des Landes, das einst ihnen gehörte. Als 1582 Pizarro mit seinen Spaniern erschien und die Inkas besiegte, bedeutete das für die „Bolivianer“ nur einen Wechsel der Oberherren.

So lebten die meisten Einwohner dieses Landes seit Jahrhunderten als landlose Leute, die auf fremden Grund arbeiteten und ein mühseliges Dasein fristeten. Von 86377 Bodenbesitzern konnten 49,7% nur Kleinstbauernstellen von weniger als 3 Hektar ihr eigen nennen. Vier Prozent der Besitzer hatten demgegenüber 84% von Grund und Boden in Händen; von ihnen besaßen 616 Farmen von mehr als 10000 Hektar Umfang.

So war es verständlich, daß 1952 der neuerwählte Präsident Victor Paz Estensoro von der revolutionären Nationalbewegung (MNR) eine durchgreifende Bodenreform ins Werk setzte. Es besteht kein Zweifel, daß bei dieser Reform auch kommunistische Einflüsse mitwirkten. Das hat sich heute insofern geändert, als der gegenwärtige Präsident von Bolivien, Hernán Siles Zuazo, sich bei der Fortführung des Reformwerkes unabhängiger zeigt. Nach dem Agrargesetz vom 2. April 1953 sollten die Großgüter unter die Indianer, die sie bearbeitet hatten, aufgeteilt werden. Dem früheren Eigentümer wurde eine Entschädigung versprochen. Aber eben die bolivianische Landreform beweist, wie behutsam und umsichtig man vorgehen muß, wenn eine derartige soziale und wirtschaftliche Umschichtung erfolgreich und gerecht sein soll.

Was die alten Besitzer angeht, so sind sie bis heute nicht entschädigt worden. Andererseits erzeugen die Indianer auf den ihnen zugeteilten Parzellen weit weniger als die früheren sogenannten Ausbeuter. Als typisches Beispiel mag eine Milchfarm im Cochabamba-Bezirk gelten. Sie erzielte vor 1953 jährlich 60000 Liter Milch, nach der Reform nur noch 12000, weil die Indianer, seit Jahrhunderten gewöhnt, nicht über den eigenen Bedarf hinaus zu arbeiten und zu produzieren, nicht daran denken oder nicht daran denken wollen, Überschüsse für den Verkauf zu gewinnen. Ein Landgut in Pilapi, das früher 400 campesinos beschäftigte und 840 Stück Vieh, 600 Schweine und 16000 Schafe besaß und auch sonst noch manches marktfähige Landprodukt hervorbrachte, trägt heute nur noch 25 Kühe, 20 Schweine und 1000 Schafe. Dies ist indes nicht eigentlich die Schuld der neuen Eigentümer, sondern derjenigen, die sie für die neue Aufgabe weder technisch noch moralisch vorbereitet haben.

Am 2. März ds. J. erließ der bolivianische Episkopat einen Hirtenbrief, der sich